

Bericht des Amtierenden Vorsitzenden

Am 1. Januar trat ich voll Optimismus mein Amt als Amtierender Vorsitzender an. Wir wollten beweisen, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach wie vor eine wichtige Brückenfunktion über den tiefen Graben hinweg erfüllt, der sich im Verlauf des Kalten Krieges in Europa aufgetan hat. Wir wollten zeigen, dass der für die Teilnehmerstaaten verbindliche Katalog von Verpflichtungen, Normen und Grundsätzen eine unverändert zeitgemäße Sicht der kollektiven Sicherheit darstellt.

Zu diesem Zweck haben wir mit den Teilnehmerstaaten intensiv an der Lösung der Konflikte gearbeitet, die nach wie vor im OSZE-Gebiet schwelen. Gemeinsam mit den Staaten befassten wir uns auch mit themenspezifischen Fragen in allen drei Dimensionen. Ich habe zahlreiche Besuche in den Regionen der OSZE absolviert: Ich begab mich mehrmals nach Nordamerika und in die Russische Föderation, im Januar, Juni und Oktober in den Südkaukasus, im Februar und erneut im April auf den Westbalkan, im Juni nach Moldau und in die Ukraine und im März und November nach Zentralasien. Darüber hinaus boten internationale und europäische Treffen eine willkommene Gelegenheit zur Fortsetzung des Dialogs mit Kollegen aus verschiedenen Hauptstädten und mit Partnerorganisationen. Mit Vergnügen habe ich auch die zahlreichen Besucher empfangen, die mich zu Hause in Brüssel aufsuchten.

Im vorliegenden Bericht wird die geleistete Arbeit ausführlich beschrieben. Lassen Sie mich nur einige der Themen herausgreifen, zu denen im Verlauf des Jahres 2006 neue konkrete Schritte unternommen wurden: Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Förderung des Dialogs über Verkehrs- und Energiesicherheitsfragen und Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Auch das Mandat von Laibach im Hinblick auf die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE wurde erfüllt. Eine Lösung der Langzeitkonflikte ist hingegen nach wie vor nicht in Sicht. Ich möchte in diesem Zusammenhang lediglich wiederholen, dass die Pläne für entsprechende Lösungen vorhanden sind, bereitliegen, verfügbar sind und auf dem Tisch liegen. Was fehlt, ist lediglich der politische Wille. Weitblick und Verantwortungsbewusstsein seitens der Führungspersonlichkeiten sind nötiger denn je.

Es ist Aufgabe der Teilnehmerstaaten der OSZE, sich weiterhin unermüdlich darum zu bemühen, Abhilfe für das Leid der von den Konflikten betroffenen Bevölkerung zu schaffen.

2006
Amtierender Vorsitzender
Karel De Gucht

Befassung mit Konflikten

Berg-Karabach

Der Amtierende Vorsitzende hat angekündigt, dass die Beilegung von Langzeitkonflikten eines seiner wichtigsten Ziele für das Jahr 2006 sein wird. Das betrifft natürlich auch den Konflikt um Berg-Karabach.

Sein erster Auslandsbesuch führte den Amtierenden Vorsitzenden am 24. und 25. Januar unter hoffnungsvollen Vorzeichen einer möglichen Konfliktbeilegung nach Armenien und Aserbaidschan. In keinem der beiden Länder waren für 2006 Wahlen geplant, was die Annahme rechtfertigte, dass die Verhandler bei der Sondierung von Lösungen mehr Spielraum haben würden.

Der Vorsitzende unterstützte die Konfliktparteien bei ihren hochrangigen Treffen in Rambouillet (Februar), Wilna (Mai), Bukarest (Juni) und Minsk (November). Am 14. November fand auf Einladung des Vorsitzenden in Brüssel ein Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidschans statt. Es wurde keine Gelegenheit versäumt, um die Parteien näher an eine Einigung über die Grundzüge einer Lösung heranzuführen. Der Vorsitz stand in ständigem Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe, die er von Zeit zu Zeit nach Brüssel einlud. Sein Persönlicher Beauftragter, Botschafter Andrzej Kasprzyk, unterstützte ihn dabei.

Auf dem OSZE-Ministerratstreffen in Brüssel würdigten die Teilnehmerstaaten die bisher erzielten Erfolge. Die Minister ersuchten die Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans eindringlich, noch intensivere Anstrengungen zur endgültigen Festlegung der im Laufe des Jahres skizzierten Grundprinzipien zu unternehmen, und sagten zu, dass sich die OSZE auch weiterhin in ihrer Vermittlerrolle als ehrlicher Makler betätigen werde.

Inzwischen setzten der Persönliche Beauftragte des Vorsitzenden und sein Büro die Beobachtung an der Frontlinie fort, um die Spannungen unter Kontrolle zu halten. Das ganze Jahr hindurch kam es zu Verletzungen der Waffenruhe, wobei gelegentlich auch die persönliche Sicherheit der Beobachtungsteams gefährdet war. Im Juli spitzte sich die Situation zu und die Beobachtungstätigkeit musste nach einer Schießerei vorläufig ausgesetzt werden.

Das ganze Jahr über wurde die Suche nach vertrauensbildenden Maßnahmen und Möglichkeiten von Basiskontakten zwischen den Seiten fortgesetzt.

Im Sommer brachen in der Region Berg-Karabach und ihrer Umgebung Brände aus, die eine Gefahr für die Menschen und ihre Sicherheit darstellten und die Erwerbsbasis der Bewohner zerstörten. Schäden waren auf beiden Seiten der Kontaktlinie festzustellen, weshalb eine Zusammenarbeit unerlässlich war.

Der Persönliche Beauftragte machte sich im Zuge einer Kurzzeit-Beobachtungsmission vom 3. bis 5. Juli ein Bild von der Lage; er bestätigte die erhebliche Ausdehnung der Brände und regte an, eine umfangreichere Begutachtung durchzuführen.

Auf Ersuchen Aserbaidschans initiierte der Vorsitzende eine internationale Mission zur Beurteilung des Ausmaßes der eingetretenen Umweltzerstörung; sie sollte eine Einschätzung der Auswirkungen der Brände vornehmen und Empfehlungen für einen Umwelteinsatz abgeben. Die Aufgabenstellung der Mission wurde am 25. September vereinbart. An der Mission, die in Resolution 285 der Generalversammlung der Vereinten Nationen befürwortet wurde, waren Experten der Vereinten Nationen, des Europarats und der Europäischen Union (EU) sowie örtliche Experten von beiden Seiten der Kontaktlinie beteiligt. Die elftägige Mission begab sich am 3. Oktober unter der Leitung des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Bernard Snoy, in die von den Bränden betroffenen Gebiete. Ihr Bericht, der dem Vorsitzenden im November vorgelegt und auch an die Teilnehmerstaaten

weitergegeben wurde, enthielt Empfehlungen in Bezug auf Maßnahmen der Brandbekämpfung und Wasserbewirtschaftung; derzeit wird er im Hinblick auf die weitere Vorgehensweise geprüft. Die Mission war ein wichtiger Schritt im Prozess der Vertrauensbildung in der Region, da örtliche Gemeinschaften eingebunden waren und ein gemeinsames Verständnis für die anstehenden Fragen entwickelt werden konnte.

Wie in der Resolution der VN-Generalversammlung vorgesehen, leitete der Vorsitz den Bericht dem VN-Generalsekretär zur Verteilung an die Mitgliedstaaten der Generalversammlung zu.

Die Hochrangige Planungsgruppe

Die Hochrangige Planungsgruppe wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen der KSZE, dem Vorläufer der OSZE, mit dem Auftrag eingerichtet, Pläne für eine multinationale OSZE-Friedenstruppe auszuarbeiten, die zum Einsatz kommen könnte, sobald der Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, beigelegt ist. Die Gruppe steht in Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe sowie mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden.

Als sich die Aussichten auf eine Konfliktbeilegung im Laufe des Jahres verbesserten, verstärkte die Planungsgruppe ihre Aktivitäten. Sie führte eine Aufklärungsmission durch, die im Dezember 2005 in Armenien und Aserbaidschan begann und im Januar 2006 mit einem Besuch in der Region Berg-Karabach endete. Bei der Mission wurden aktualisierte Informationen über die operativen, logistischen und finanziellen Aspekte einer möglichen Friedenssicherungsmission gewonnen.

Die Hochrangige Planungsgruppe stand wie bisher in Verbindung mit anderen internationalen Organisationen und Ausbildungsinstituten. 2006 wurde sie durch einen zusätzlichen Mitarbeiter für Personalangelegenheiten und Schulung ergänzt.

Moldau

In seinen Bemühungen um die verstärkte Suche nach einer dauerhaften Lösung für die Transnistrienfrage hielt der Vorsitzende laufend Kontakt mit seinen Kollegen in Moldau, in der Ukraine und in der Russischen Föderation. Er stellte sicher, dass die offiziellen Verhandlungen, die im Dezember 2005 nach einem langen Stillstand in einem neuen Format wieder aufgenommen worden waren, weitergeführt werden. Das neue Format „5+2“ sah neben den zwei Parteien und den drei Vermittlern (OSZE, Ukraine und Russische Föderation) auch die EU und die Vereinigten Staaten von Amerika als Beobachter vor. Sie alle trafen am 26. und 27. Januar in Chişinău und am 27. und 28. Februar in Tiraspol zusammen.

Die praktische Umsetzung eines neuen gemeinsamen Zollsystems zwischen Moldau und der Ukraine auf der Grundlage ihrer Erklärung vom 30. Dezember 2005, die vorsah, dass Firmen in Transnistrien sich bei den Zentralbehörden in Chişinău registrieren lassen müssen, schuf eine neue Situation in der Region. Die Vorschrift der Registrierung wurde von Transnistrien trotz des Appells des Vorsitzenden, die Bestimmung nach Treu und Glauben zu erfüllen, rundweg abgelehnt. 2006 kam es zu keinen weiteren „5+2“-Gesprächen.

Zur Vorbereitung eines wichtigen Besuchs in der Region entsandte der Vorsitzende seinen Sondergesandten, Senator Pierre Chevalier, Mitte April nach Chişinău und Tiraspol und berief im Mai ein Treffen der Vermittler und Beobachter unter seinem Vorsitz nach Brüssel ein. Dabei konnte er sich ein Bild von den festgefahrenen Verhandlungen machen und neue Fragen zur Sprache bringen, die für eine politische Gesamtlösung zukünftig von Bedeutung sein könnten. Vom 30. Mai bis 1. Juni besuchte er Chişinău und Tiraspol. Der Vorsitzende betonte die Nützlichkeit des neuen transparenten Managements des transnistrischen Abschnitts der moldauisch-ukrainischen Grenze und wiederholte einmal mehr den grundlegenden Standpunkt der OSZE: eine friedliche Beilegung auf dem Verhandlungsweg, unter Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Republik Moldau und mit einem Sonderstatus für die transnistrische Region. Er schlug Wirtschaftsinitiativen vor, die das Vertrauen und den guten Willen fördern könnten. Er brachte auch das Problem der fortgesetzten Präsenz des russischen Militärs zur Sprache und meinte, dass sich eine erweiterte Friedenstruppe mit internationalem Mandat positiv auswirken könnte.

Der Sondergesandte des Vorsitzenden reiste anschließend immer wieder in die Hauptstädte. Den Teilnehmern an den „5+2“-Verhandlungen wurde im Namen des Vorsitzes ein Katalog schriftlicher Vorschläge über eine neue Friedenssicherungsmission mit internationalem Mandat, über Elemente für einen Status Transnistriens innerhalb der Republik Moldau und über sozio-ökonomische Elemente eines Beilegungsprozesses vorgelegt. Es stellte sich allerdings rasch heraus, dass nicht alle Teilnehmer bereit waren, diese Vorstellungen weiter zu verfolgen.

Auf der Sondersitzung des Ständigen Rates vom 28. September widmete der Vorsitzende den ungelösten Konflikten besondere Aufmerksamkeit. Er betonte, dass alle Elemente einer politischen Lösung auf dem Tisch lägen, und forderte den nötigen politischen Willen für Fortschritte ein. Er ersuchte alle Seiten nachdrücklich, Verantwortungsbewusstsein und Weitblick zu beweisen.

Die Vertreter des Vorsitzenden nahmen am 25. Oktober an Treffen in Odessa teil, deren Ziel es war, die offiziellen „5+2“-Gespräche neu zu beleben. Am 16. November berief der Vorsitzende eine weitere informelle Sitzung der Vermittler und Beobachter unter seinem Vorsitz ein, auf der die Wiederaufnahme des Beilegungsprozesses und die Umgestaltung der Friedenssicherung erörtert wurden. Letztere stand am 6. Dezember im Mittelpunkt eines Folgetreffens in Brüssel am Rande des Ministerrattreffens. Auf dem Rattreffen selbst erwies es sich leider als unmöglich, die Teilnehmerstaaten zu einer Einigung auf eine Ministererklärung zu veranlassen.

Georgien

Der Amtierende Vorsitzende befasste sich dieses Jahr auch intensiv mit dem Konflikt in Südossetien und startete Initiativen, die die Konfliktparteien in die Lage versetzen sollten, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und in einen echten Beilegungsprozess einzutreten.

In diesem Jahr wurden beträchtliche Meinungsverschiedenheiten festgestellt, nicht zuletzt hinsichtlich des geeigneten Formats für die Gespräche. Angesichts des gescheiterten Treffens Ende Dezember 2005 unterbreitete der Vorsitzende in enger Abstimmung mit der Mission in Georgien Vorschläge zur Neubelebung bestehender Formate, darunter die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC) und die „autorisierten Delegationen“. Er schlug vor, im Februar ein JCC-Treffen in Wien abzuhalten, doch dieses Vorhaben scheiterte. Der Vorsitzende

schlug im Verlauf des Jahres auch andere Formen von Treffen auf hoher Ebene oder Expertentreffen vor.

Durch eine Debatte im georgischen Parlament über Friedenstruppen in Südossetien nahmen im Februar die Spannungen zu, und der Vorsitzende forderte alle Seiten zur Zurückhaltung auf. Am 16. und 17. Februar besuchte sein Sondergesandter Tiflis.

Unmittelbar danach schien es möglich, ein *Wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm* für die Konfliktzone und benachbarte Gebiete in Angriff zu nehmen. Auf ihrer Tagung in Zchinwali vom 11. bis 13. Mai genehmigte die JCC ein Paket sozio-ökonomischer Projekte, die auf der Grundlage eines Berichts über eine von internationalen, georgischen und südossetischen Experten in den Jahren 2005 und 2006 durchgeführte Bedarfserhebungsstudie der OSZE ausgearbeitet worden waren. Die gute Zusammenarbeit zwischen den Seiten machte aus diesem Unternehmen eine äußerst nützliche vertrauensbildende Maßnahme. Die Projekte sind Grundbedürfnissen wie Trinkwasser, elektrischem Strom, Gas, Schulen, Gesundheit, Straßen, Jugendzentren, Landwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen gewidmet. Sie werden die Lebensbedingungen der örtlichen Bevölkerung nachhaltig verbessern. Ihre Finanzierung wurde auf einer Geberkonferenz am 14. Juni in Brüssel unter Beteiligung aller Mitglieder der JCC sichergestellt. Die Zusagen der Teilnehmerstaaten und der Europäischen Kommission beliefen sich auf über 10 Millionen EUR.

Der Vorsitzende reiste erneut in die Region und unternahm am 22. und 23. Juni einen neuerlichen Versuch, den Beilegungsprozess wieder in Gang zu bringen. Er schlug ein Treffen zwischen den Seiten auf höchster Ebene oder ein JCC-Treffen auf hoher politischer Ebene in Brüssel vor und bot seine Hilfe bei der Ausarbeitung eines Konzepts für einen Friedensplan sowie Besuche belgischer Verfassungsexperten an, die Empfehlungen über den Status Südossetiens innerhalb Georgiens abgeben sollten.

Die Spannungen vor Ort hielten an und es kam immer wieder zu Verletzungen des *Sotschi-Übereinkommens* von 1992 und anderer Entmilitarisierungsabkommen, während in JCC-Sitzungen kaum oder überhaupt keine Fortschritte zu verzeichnen waren. Der Konflikt verschärfte sich im Juli durch die Schließung des russisch-georgischen Grenzübergangs in Semo Lars/Werchni Lars. Der Vorsitzende forderte zur Zurückhaltung auf und verlangte die möglichst rasche Wiedereröffnung der Grenzübertrittsstelle. Ende September spitzte sich die Situation weiter zu, als vier russische Offiziere der Spionage beschuldigt und in Tiflis in Haft genommen wurden. Der Vorsitzende vermittelte erfolgreich und begab sich Anfang Oktober nach Tiflis. Die Gefangenen wurden seiner Obhut übergeben und er sorgte für ihre sichere Übergabe an die russische Regierung. Sein Sondergesandter reiste anschließend in die Region und nach Moskau, um einen Ausweg aus der zunehmend verhärteten Situation zu finden.

Am Rande des Ministerratstreffens bemühte sich der Vorsitzende, den Beilegungsprozess wieder in Gang zu bringen. Den Ministern gelang es zwar nicht, sich auf eine offizielle Erklärung zu einigen, doch wurden nützliche Denkanstöße gegeben, wie man in dieser Frage in nächster Zeit vorgehen kann.

Die OSZE-Mission im Kosovo

Im Kosovo unterhält die OSZE ihre größte Feldoperation mit rund 1000 Mitarbeitern, die einen wesentlichen Bestandteil der VN-Mission im Kosovo bildet. Die Mission leistet

zentralen Institutionen wie dem Parlament, den Ministerien, dem Medienrat und der Polizei sowie örtlichen Verwaltungen und Gemeinschaften Hilfestellung. Von der Annahme ausgehend, dass die Festlegung eines künftigen Status für den Kosovo Auswirkungen auf diese wichtige Feldpräsenz haben werde, bemühte sich der Vorsitzende intensiv um Kontakte mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit den Mitgliedern der Kontaktgruppe, um schon im Vorfeld für Koordination zu sorgen und Konsultationen über die Struktur der zukünftigen internationalen Präsenz zu führen. Er begab sich schon frühzeitig in den Kosovo, nämlich vom 15. bis 17. Februar.

Die OSZE, die EU, der Europarat und andere interessierte internationale Stellen beteiligten sich das ganze Jahr hindurch an der von der VN-Mission eingerichteten informellen Lenkungsgruppe über zukünftige Vorkehrungen. Diese Gruppe spielte eine entscheidende Rolle bei der Prüfung von Fragen der Neuverteilung von Verantwortlichkeiten nach dem geplanten schrittweisen Rückzug der VN-Mission. Die OSZE-Mission richtete regionale Zentren und Kommunalteams ein, um in allen Kosovo-Kommunen für eine Präsenz zu sorgen, was von der internationalen Gemeinschaft einstimmig als nützlicher Beitrag für die zukünftige zivile Präsenz begrüßt wurde.

Der Vorsitzende hielt engen Kontakt mit dem VN-Sondergesandten für den Kosovo, Martti Ahtisaari, während die Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo unter der Führung der Vereinten Nationen weitergingen. Diese Konsultationen halfen mit, den Beitrag zu definieren, den die OSZE anzubieten hat. Natürlich erklärte sich die OSZE bereit, den Kosovo bei der Entwicklung wirklich demokratischer Institutionen zu unterstützen, und hinsichtlich des zukünftigen Status bei der Umsetzung zu helfen.

Der Sondergesandte informierte die Teilnehmerstaaten direkt und ausführlich über diese Entwicklungen bei drei Gelegenheiten, einem informellen Treffen im Mai und zweimal – im März und im November – im Ständigen Rat.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang 1B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton

Aufgabe des Persönlichen Beauftragten ist es, den Parteien bei der Umsetzung der in Anhang 1B Artikel IV des *Friedensübereinkommens von Dayton* für Bosnien und Herzegowina vereinbarten Maßnahmen Hilfestellung zu leisten, darunter auch bei der Vernichtung von überschüssigem militärischem Großgerät, der Durchführung gegenseitiger Inspektionen von militärischem Material und beim Informationsaustausch. Insgesamt kann man die Rolle des Persönlichen Beauftragten als die eines Vermittlers zur Herbeiführung von politischem Konsens und zur Gewährleistung der reibungslosen Umsetzung des *Übereinkommens* bezeichnen.

Die fünf Parteien (die Teilgebiete und die Staaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien – ursprünglich mit Montenegro) hielten drei ordentliche Sitzungen ab. In Florenz (Italien) führten sie ferner die 5. *Überprüfungskonferenz* durch, bei der der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung des *Übereinkommens* gefeiert und der jährliche Informationsaustausch abgeschlossen wurde.

Die Harmonisierung zwischen dem neuen Gesetz, mit dem in Bosnien und Herzegowina ein einheitliches Verteidigungsministerium geschaffen wurde, und dem *Übereinkommen über*

subregionale Rüstungskontrolle wurde am 10. März vollendet. Die fünf Parteien kamen überein, dass die Teilgebiete (Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska) ihre Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten an den Staat Bosnien und Herzegowina abtreten würden.

Nachdem Montenegro unabhängig geworden war, hießen die Parteien und der Persönliche Beauftragte am 10. Oktober auf einem Treffen in Neum (Bosnien und Herzegowina) eine Delegation aus Montenegro willkommen, das als neue Vertragspartei aufgenommen wurde. Die Parteien ersuchten die Republiken Serbien und Montenegro, die zulässigen Bestände an militärischer Ausrüstung, die für den ehemaligen Staatenbund gegolten hatten, untereinander aufzuteilen.

Der Beitritt Montenegros wird zweifellos zur regionalen Stabilität beitragen, die nachbarlichen Beziehungen stärken und die weitere Zusammenarbeit auf dem Westbalkan fördern.

Stärkung der Wirksamkeit der OSZE – das Mandat von Laibach

Eine der größten Herausforderungen des Jahres war die Umsetzung von Beschluss Nr. 17 des Ministerrats 2005 von Laibach über die *Stärkung der Wirksamkeit der OSZE*. Dieser *Beschluss* legte einen „Fahrplan“ für die Bemühungen um die Reform der OSZE fest.

Im ersten Beschlussparagrafen wurde der Ständige Rat beauftragt, sich mit elf Bereichen auseinanderzusetzen: Verfahrensregeln, Konsultationsprozess, OSZE-Konferenzen, budgetäre und außerbudgetäre Finanzierung, die Rolle des Generalsekretärs, die Arbeitsweise des Sekretariats, die Wirksamkeit der OSZE-Institutionen und -Feldoperationen, der Rechtsstatus und die Programmplanung, die Professionalität des OSZE-Personals sowie themenspezifische Missionen. Es war die erklärte Absicht des Vorsitzenden, den „Fahrplan“ bis Ende des Jahres aufzuarbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde jede nur denkbare Anstrengung unternommen. Es wurde eine eigene Arbeitsgruppe im Zuständigkeitsbereich des Ständigen Rates eingesetzt. Nach intensiver Arbeit lag am 6. November ein Bericht über die erreichten Fortschritte mit Empfehlungen für Maßnahmen der Minister vor. Im Anschluss daran verhandelte die Arbeitsgruppe über Beschlusssentwürfe, die vom Ministerrat im Dezember verabschiedet werden sollten.

Wie sich herausstellte, wurde eine ganze Reihe von Zielen erreicht. Am 1. November wurde eine umfassende Geschäftsordnung verabschiedet, mit der das sogenannte *Blaue Buch* des Helsinki-Prozesses aus dem Jahr 1973 aktualisiert wurde. Der Ministerrat richtete eine aus drei, jeweils einer der Dimensionen zugeordneten Ausschüssen bestehende Struktur im Zuständigkeitsbereich des Ständigen Rates ein. Er genehmigte ferner nichtbindende Leitlinien für die Abhaltung von Konferenzen und begann Verhandlungen über ein Übereinkommen, mit dem die Organisation einen Rechtsstatus erhalten soll. Die Minister befürworteten den Grundsatz der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen sowie Maßnahmen zur Verstärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane und zu verbesserter Kontinuität in der Verwaltung der personellen und finanziellen Ressourcen der OSZE. Dieses wichtige Paket von Beschlüssen, deren Umsetzung laufend überprüft werden wird, sollte die Organisation in die Lage versetzen, die vor ihr liegenden Herausforderungen besser zu meistern.

Im zweiten Beschlussparagrafen des *Beschlusses* von Laibach wurde das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) beauftragt, dem Ministerrat einen Bericht über folgende Themen zur Erörterung vorzulegen: Wie werden bestehende Verpflichtungen umgesetzt? Sollen zusätzliche Verpflichtungen verabschiedet werden? Wie können die wahlbezogenen Aktivitäten gestärkt und gefördert werden? Wie kann die Wirksamkeit der OSZE-Unterstützung für die Teilnehmerstaaten verbessert werden? Das BDIMR nahm zur Ausarbeitung seines Berichts an die Minister Kontakt zu den Teilnehmerstaaten auf. Es führte bilaterale Konsultationen, holte anhand ausführlicher Fragebogen schriftliche Informationen ein und führte zwei offene informelle Diskussionen mit den Teilnehmerstaaten. Sein Bericht mit dem Titel *Common Responsibility-Commitments and Implementation*, der am 10. November vorgelegt wurde, bildet eine ausführliche und höchst aufschlussreiche Bewertung des Standes der menschlichen Dimension der Sicherheit in der OSZE-Region.

Der Ministerrat würdigte die Bedeutung dieses Beitrags und ermutigte neuerlich dazu, eine stärkere Heranziehung von Institutionen wie dem BDIMR zur Umsetzung der Verpflichtungen in Erwägung zu ziehen. Der Ministerrat beauftragte den Ständigen Rat, sich mit Problemen der Umsetzung zu befassen, ersuchte um nähere Informationen über die im Bericht vorgeschlagenen neuen Verpflichtungen und begrüßte die Vorschläge, sich weiter um eine größere Wirksamkeit der den Teilnehmerstaaten vom BDIMR gebotenen Hilfestellung zu bemühen. Die Minister bekräftigten die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, demokratische Wahlen zu verwirklichen, etwa auch durch die Einladung von Beobachtern, und betonten die Wichtigkeit der Beteiligung an Wahlbeobachtungsaktivitäten. Auf Initiative des Vorsitzenden kamen sie überein, dass das BDIMR die Verbesserungen und Empfehlungen in Bezug auf wahlbezogene Aktivitäten – auch jene aus dem Bericht – in die Tat umsetzen und dem Ständigen Rat gegebenenfalls regelmäßig zwecks Prüfung Bericht erstatten möge.

Aus Beschluss Nr. 19 des Ministerrats ist abzulesen, wie die beiden Beschlussparagrafen des Mandats von Laibach erfüllt wurden. Die Arbeit wird sich nun auf die Umsetzung dieses Beschlusses und der damit zusammenhängenden Beschlüsse konzentrieren.

Der Ministerrat von Brüssel

- Beschluss Nr. 1: Verlängerung des Mandats des Direktors des BDIMR
- Beschluss Nr. 2: Beitritt Montenegros zur OSZE
- Beschluss Nr. 3: Bekämpfung des Menschenhandels
- Beschluss Nr. 4: Der Hohe Rat der OSZE
- Beschluss Nr. 5: Organisierte Kriminalität
- Beschluss Nr. 6: Weitere Maßnahmen zur Verhinderung der Verwendung verlorener/gestohlener Reisepässe und anderer Reisedokumente für kriminelle Zwecke
- Beschluss Nr. 7: Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken
- Beschluss Nr. 8: Weitere Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition
- Beschluss Nr. 9: Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg
- Beschluss Nr. 10: Unterstützung der innerstaatlichen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Beschluss Nr. 11: Der künftige Verkehrsdialog in der OSZE

- Beschluss Nr. 12: Energiesicherheitsdialog in der OSZE
- Beschluss Nr. 13: Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander
- Beschluss Nr. 14: Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, einschließlich der Ausbeutung von Arbeitskräften, durch einen umfassenden und aktiven Ansatz
- Beschluss Nr. 15: Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern
- Beschluss Nr. 16: Rechtsstellung sowie Vorrechte und Immunitäten der OSZE
- Beschluss Nr. 17: Verbesserung des Konsultationsprozesses
- Beschluss Nr. 18: Weitere Stärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane der OSZE
- Beschluss Nr. 19: Stärkung der Wirksamkeit der OSZE
- Beschluss Nr. 20: Künftiger OSZE-Vorsitz
- Beschluss Nr. 21: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE
- Geschäftsordnung der OSZE
- Erklärung zu Berg-Karabach
- Ministererklärung zur OMiK-Präsenz
- Erklärung von Brüssel zu Systemen der Strafrechtspflege
- Ministererklärung von Brüssel über die Unterstützung und Förderung des völkerrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus
- Ministererklärung zur Migration

Ein Querschnitt durch die Dimensionen – das Erreichte nach Themen

Die politisch-militärische Dimension

Der Vorsitzende unterstrich in seiner Eröffnungserklärung vom 12. Januar die Wichtigkeit einer gut funktionierenden politisch-militärischen Dimension und nützte das ganze Jahr hindurch Gelegenheiten für konstruktive Debatten und für die Erreichung konkreter Ergebnisse in einschlägigen Bereichen.

Das vom Vorsitz und dem Forum für Sicherheitskooperation gemeinsam veranstaltete *Seminar auf hoher Ebene über Militärdoktrinen* am 14. und 15. Februar war das erste hochrangige OSZE-Treffen zu dem Thema seit fünf Jahren. Das Seminar, an dem zahlreiche Verteidigungschefs und ihre Stellvertreter teilnahmen, widmete sich im Wesentlichen Änderungen in Doktrin und Technologie bei den militärischen Kräften in der OSZE, ihren Auswirkungen auf die Strukturen und Aktivitäten des Militärs und ihre Bedeutung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dem Vorsitz gelang es in Gesprächen mit Vortragenden und Moderatoren vor und während der Veranstaltung, für substantielle Eröffnungsbeiträge zu sorgen. Das *Seminar* kam zu dem Schluss, dass die Bandbreite der Sicherheitsbedrohungen dramatisch zugenommen habe und diese undeutlicher geworden seien und dass die OSZE sich zwar immer noch mit altbekannten Bedrohungen anhand militärischer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen auseinandersetzen habe, dass sie jedoch mit ihrem dimensionsübergreifenden Ansatz in der günstigen Position sei, sich auch mit den neueren, weniger klar definierten Bedrohungen befassen zu können. Dazu bedürfe es einer verstärkten Integration der zivilen und der militärischen Komponente. Durch das Seminar ergaben sich Themen für Anschlussmaßnahmen entsprechend den Leitlinien des

Vorsitzenden für die politisch-militärische Dimension und mehrere Möglichkeiten für weitere Diskussionen.

Ein zweites außergewöhnliches Ereignis war die jeweils im Abstand von fünf Jahren stattfindende *Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)* vom 30. Mai bis 2. Juni. Da mit dieser Konferenz in weiten Kreisen die Erwartung verknüpft war, dass sie Entscheidungen in einigen für die OSZE ausnehmend wichtigen Fragen treffen und dadurch auch das Ergebnis des Ministerrats zu Jahresende beeinflussen würde, versammelte der Vorsitz vor Beginn des Treffens die Delegationen zu Konsultationen. Der Austausch war zwar äußerst bereichernd, doch kam es zu keiner Einigung auf eine gemeinsame Schlussklärung.

Die vierte *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* fand am 27. und 28. Juni statt. Im Mittelpunkt der vom Vorsitz im Einvernehmen mit den Teilnehmerstaaten ausgearbeiteten Tagesordnung stand die Bewältigung des vollen Konfliktzyklus, einschließlich von Fragen der „weichen Sicherheit“ (Polizeiarbeit), der „harten Sicherheit“ (militärisch) sowie des Aufbaus von Institutionen. In der Eröffnungssitzung betonte der Vorsitz die besondere Eignung der OSZE, sich mit dem so vielfältigen Sicherheitsbegriff, der sich in den letzten 30 Jahren entwickelt hat, auseinanderzusetzen. In der ersten Arbeitssitzung stellten die Teilnehmer fest, dass die Polizeiarbeit eine wichtige Aufgabe zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität erfülle. Sie waren sich allgemein darin einig, dass die OSZE fortfahren solle, den Aufbau von Institutionen und Kapazitäten in den Bereichen Polizeiarbeit und Strafverfolgung in den Teilnehmerstaaten zu unterstützen, die um eine solche Hilfe ersuchen. Die zweite Arbeitssitzung war den Herausforderungen im Sicherheitsumfeld gewidmet, wobei die auf dem *Seminar über Militärdoktrinen* gewonnenen Erkenntnisse im Mittelpunkt der Überlegungen standen. Es kristallisierte sich die Meinung heraus, dass bei der Ausbildung von Militärpersonal der Konfliktnachsorge gegebenenfalls verstärktes Augenmerk geschenkt werden müsse, und es wurde vorgeschlagen, eine OSZE-Doktrin für die Zeit nach Konflikten zu entwickeln. In der letzten Arbeitssitzung wurde besprochen, welche Lehren aus der Art und Weise gezogen werden können, wie internationale Organisationen und die Staaten mit dem Konfliktzyklus in der Praxis umgehen.

Einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung der OSZE in Sachen Sicherheit nahm während des belgischen Vorsitzes der Terrorismus ein. In Wien fanden dazu zwei konkrete ergebnisorientierte Seminare statt. Der Expertenworkshop im März über die Verstärkung der strafrechtlichen Zusammenarbeit zwischen Justizbehörden, insbesondere in Bezug auf Terrorismus, bot Gelegenheit, die vom VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung entwickelten Rechtsinstrumente zur beschleunigten Erledigung von Ersuchen um zwischenstaatliche Rechtshilfe bei der Verfolgung krimineller Aktivitäten über Grenzen hinweg kennenzulernen. Die gemeinsame Arbeitstagung von OSZE und Europarat im Oktober galt dem Kampf gegen Anstiftung und einschlägige terroristische Aktivitäten und machte den Beitrag der diesbezüglichen Europaratskonvention deutlich.

Die vom Vorsitz eingerichtete Arbeitsgruppe über nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit befasste sich mit der Umsetzung früherer Beschlüsse, insbesondere zum Thema Sicherheit von Reisedokumenten und Containersicherheit. Sie handelte auch neue Dokumente aus. Der Ministerrat verabschiedete eine Erklärung über die Frage der *Unterstützung und Förderung des internationalen Rechtsrahmens für den Kampf gegen den Terrorismus*, einen Beschluss über *weitere Maßnahmen zur Verhinderung der Verwendung verlorener/gestohlener*

Reisepässe und anderer Reisedokumente für kriminelle Zwecke sowie einen Beschluss über die *Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken*.

Dem Vorsitzenden war es ein Anliegen, die Arbeit der OSZE im Bereich der Polizeiarbeit herauszustreichen. Sie bildete einen wichtigen Tagesordnungspunkt bei der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*. Bei seinen Besuchen in den Ländern betonte der Vorsitzende den Beitrag gut funktionierender Polizeidienste unter demokratischer Kontrolle zur allgemeinen Sicherheit und Stabilität. Er schlug eine erste *OSZE-Konferenz der Polizeichefs* vor, die auf seine Initiative am 24. November in Brüssel unter Beteiligung hochrangiger Vertreter der Polizeikräfte der 56 Teilnehmerstaaten und 11 Kooperationspartner abgehalten wurde. Die Konferenz kam zu dem Schluss, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Polizeidiensten verstärkt werden müsse, um allgegenwärtige Bedrohungen wie die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität bewältigen zu können. Die Konferenz bot eine einmalige Gelegenheit zur Netzbildung und zu bilateralen Kontakten zwischen den Staaten, die nur selten auf dieser Ebene zusammentreffen. Der Vorsitzende äußerte die aufrichtige Hoffnung, dass die besondere Betonung der möglichen Rolle der OSZE im Bereich der Polizeiarbeit im Jahr 2006 die Teilnehmerstaaten zu mehr Unterstützung veranlassen würde. Er sprach sich dafür aus, zumindest einen Teil der Polizeiunterstützungsprogramme der OSZE-Feldpräsenzen in Zentralasien und im Südkaukasus in den Gesamthaushaltsplan der Organisation aufzunehmen, um eine regelmäßige und kohärentere Finanzierung zu gewährleisten. Der Haushalt des Jahres 2007 trägt diesem Ansatz Rechnung.

Die Umsetzung des *Konzepts für Grenzsicherung und Grenzmanagement*, das vom Ministerratstreffen in Laibach 2005 verabschiedet wurde, begann im Jahr 2006. Die Teilnehmerstaaten beschlossen, in ihren nationalen Verwaltungen Anlaufstellen für Grenzfragen namhaft zu machen. Mit Unterstützung durch den Vorsitz wurde im Oktober eine Konferenz über die Erfahrungen mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgehalten. Es war die erste OSZE-weite Konferenz zu Grenzfragen, nachdem die von der OSZE 2004 veranstaltete Tagung zu Grenzsicherung und -management auf inter-institutioneller Ebene abgehalten worden war. Ferner führte die OSZE-Dienststelle für Grenzfragen eine erste gründliche Evaluierungsmission entlang der tadschikisch-afghanischen Grenze durch, um Projektvorschläge für das Jahr 2007 festzulegen.

Im September und Oktober veranstaltete die OSZE in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zwei Arbeitstagungen zum Thema Drogenhandel. Bei dieser Gelegenheit brachte der Vorsitzende das Anliegen zum Ausdruck, die OSZE möge das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung bei seiner Arbeit unterstützen und nicht eigene Initiativen entwickeln, die zu Doppelgleisigkeiten oder Verwirrung vor Ort führen könnten.

Obwohl das Forum für Sicherheitskooperation unabhängig vom Vorsitz tätig ist, unterstützte der Vorsitzende dessen Arbeit aktiv und verfolgte mit besonderem Interesse die Erörterungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Auch er trat dafür ein, im September einen eigenen Tag dem *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* zu widmen. Ferner bekräftigte er in Umsetzung einer Priorität des belgischen Vorsitzes im Forum vom Herbst 2005 die Rolle der OSZE im Hinblick auf die Unterstützung der Umsetzung von Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das Forum widmete den 8. November diesem Thema und fand dabei die uneingeschränkte Unterstützung des Vorsitzes.

Im Juli hielt der Vorsitzende eine Rede vor den Vereinten Nationen in New York im Rahmen der *Überprüfungskonferenz zum VN-Aktionsplan gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen*. Er trat für die Verabschiedung eines Ministerratsbeschlusses über die *Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg* ein. Das Forum wird diesem Thema 2007 einen ganzen Tag widmen.

Organisierte Kriminalität und Strafrechtspflege

Seit einigen Jahren schon sind die organisierte Kriminalität und schwache Strafrechtspflegesysteme als heimtückische Bedrohungen der Stabilität und Sicherheit anerkannt. Die *Europäische Sicherheitscharta* von Istanbul 1999, die *Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* von Maastricht und die Beschlüsse des Ministerratstreffens von Laibach 2005 bestätigen das. Der belgische Vorsitz nahm sich vor, die Verstärkung der Tätigkeit der OSZE in diesem Bereich zu einer vorrangigen Aufgabe zu machen.

Das Engagement des Vorsitizes ging in zwei Richtungen. Erstens förderte er die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, insbesondere durch Ratifizierung und Umsetzung völkerrechtlicher Instrumente. Zweitens unterstützte er den Aufbau und Ausbau von Kapazitäten in innerstaatlichen Systemen der Strafrechtspflege, in Anerkennung der Tatsache, dass gesunde demokratisch kontrollierte Systeme langfristig das beste Bollwerk gegen organisierte Kriminalität sind. Er betont, dass Polizei, Staatsanwaltschaft, Justiz und Strafvollzugsanstalten im Rahmen einer kohärenten und ausgewogenen Struktur zusammenarbeiten müssen und dass die OSZE über Erfahrungen mit der Unterstützung des Auf- und Ausbaus nationaler Kapazitäten in diesem Bereich verfügt.

Zwischen Februar und Juli veranstaltete der Vorsitz fünf Tagungen zum Thema organisierte Kriminalität für Teilnehmerstaaten und Vertreter anderer internationaler Organisationen, darunter das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der Europarat. Bei diesen Tagungen wurde die Bedeutung der Fortführung der laufenden internationalen politischen und rechtlichen Bemühungen hervorgehoben und die zentrale Rolle der Systeme für Strafrechtspflege für die Schaffung stabiler und sicherer Verhältnisse unterstrichen.

Darüber hinaus veranstaltete der Vorsitz zwei Fachseminare, im März über die Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität* und im April über den Einsatz der Risikobewertung und Gefahrenanalyse als politisches Instrument.

Im Zentrum des jährlichen *Seminars zur menschlichen Dimension* im Mai standen die Rolle und die Aufgaben der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung sowie der Polizei. Eine der Schlussfolgerungen des Seminars lautete, dass Systeme der Strafrechtspflege eine Kette bilden, die nur so stark ist, wie ihr schwächstes Glied, und man ihnen daher verstärkte Aufmerksamkeit widmen muss. In einer Nebenveranstaltung berichteten die OSZE-Missionen in Südosteuropa über ihre Erfahrungen mit der Unterstützung der Regierungen der Gastländer beim Aufbau eigener Strafrechtspflegesysteme.

Im Herbst gab der Vorsitz den Anstoß zu politischen Verhandlungen, deren Ergebnis ein *Ministerratsbeschluss über organisierte Kriminalität* und die *Brüsseler Erklärung zu Systemen der Strafrechtspflege* war. Der *Beschluss* steckt den Rahmen für die künftige Tätigkeit der OSZE in diesem Bereich ab. Die Teilnehmerstaaten beschlossen, dass sie und die OSZE ihre Bemühungen um internationale Zusammenarbeit und den Aufbau von Strafrechtspflegesystemen verstärken wollen. Sie kamen überein, sich in Zukunft auf die verstärkte Umsetzung bestehender Verpflichtungen und einen gut geplanten und integrierten Ansatz für die Verwaltung der Strafrechtspflege zu konzentrieren. Eine vom Generalsekretär eingesetzte und von Belgien finanzierte Sonderarbeitsgruppe wird dafür sorgen, dass diesen Fragen die notwendige Aufmerksamkeit zukommt.

Die *Erklärung von Brüssel zu Systemen der Strafrechtspflege* ist ein Begleitdokument zum *Beschluss* und erneuert das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zu den Kernwerten und -verpflichtungen, die für eine ordnungsgemäße Verwaltung der Strafrechtspflege sorgen. Es handelt sich dabei um ein benutzerfreundliches Dokument, das zur Überprüfung der eigenen Situation und zum Dialog anregen soll. Es kann auch den in der Praxis und vor Ort Tätigen als Leitfaden dienen, den sie bei ihrer Zusammenarbeit mit den Regierungen und der Zivilgesellschaft zum Thema demokratische Strafrechtspflege heranziehen können.

Und schließlich unterstützte der Vorsitz in der Praxis das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung bei dessen Projekt zur Ausarbeitung eines Instrumentariums zur Beurteilung der Strafrechtspflege, das bei der Durchführung von Evaluierungen ebenso behilflich sein soll wie bei der Ermittlung der Bereiche für die technische Hilfestellung und für die Unterstützung von Schulungsaufgaben. Dieses Projekt macht deutlich, dass die federführenden VN-Sonderorganisationen und die OSZE derselben Auffassung sind, dass nämlich an die Rechtsstaatlichkeit und den Aufbau von Institutionen im Bereich der Strafrechtspflege umfassend und ganzheitlich heranzugehen ist.

Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa

Während der Turbulenzen in Südosteuropa in den 90er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte die OSZE in dieser Region eine umfangreiche Feldpräsenz, die unter anderem die Aufgabe hatte, sich mit Fragen zu befassen, die eine regionale Dimension aufweisen. 2006 konzentrierte sich der Vorsitz darauf, zu Fortschritten in drei wesentlichen Regionalprozessen beizutragen:

- Der *Ochrid-Prozess* begann 2003 in Ochrid (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien). Auf Initiative der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der OSZE, des *Stabilitätspakts für Südosteuropa* und der EU verabschiedeten sechs südosteuropäische Staaten ein *Way Forward Document*, in dem sie sich zu einem wirksamen zivilen Management der neuen Grenzen verpflichteten. Der Vorsitz setzte sich tatkräftig für die Fortsetzung der Unterstützungstätigkeit und der technischen Hilfe der OSZE ein und sorgte für eine Verlängerung des Arbeitsprogramms bis in das Jahr 2007.
- Der *Sarajewo-Prozess* begann 2005 in der gleichnamigen Stadt. Damals verabschiedeten Kroatien, Bosnien und Herzegowina und das damalige Serbien und Montenegro eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich hinsichtlich der tausenden Vertriebenen und Flüchtlinge aus Kriegszeiten zu einer umfassenden Lösung für die Region bis Ende 2006 verpflichteten. Der Prozess wird von der OSZE, der EU und dem Flüchtlingshoch-

kommissar der Vereinten Nationen unterstützt. Der Vorsitz bemühte sich nach Kräften, Blockaden zu überwinden, er trat für eine beschleunigte Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme in Kroatien und eine verbesserte Finanzierung der in Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien vorgeschlagenen Maßnahmen ein. Trotz des Drängens seitens des Vorsitzes und der anderen Förderer des *Prozesses* konnten die Minister der drei Länder die gesetzte Frist nicht einhalten. Die Arbeit wird fortgesetzt.

- Der *Palić-Prozess* wurde 2004 von der OSZE in Gang gesetzt. Er vereint die Justizbehörden Kroatiens, Bosnien und Herzegowinas, Serbiens und nun auch Montenegros im Bemühen, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Ermittlungen, der Verfolgung von Straftätern und Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen zu verbessern. Dabei geht es unter anderem die Anerkennung der Gültigkeit von Zeugenaussagen und den Zeugenschutz. Der belgische Amtierende Vorsitzende schlug eine regionale Konferenz der Justizminister vor, die sich mit Gesetzesänderungen etwa in Bezug auf die Auslieferung von Staatsangehörigen befassen sollte. Diese Konferenz konnte aber vor Ablauf des Jahres 2006 nicht zusammentreten. Die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ), Carla del Ponte, forderte in einer Rede vor dem Ständigen Rat am 7. September politische Aufmerksamkeit für diese Angelegenheit. Der Vorsitz veranlasste Schritte in die gewünschte Richtung.

Die Wirtschafts- und Umweltdimension

In unserer interdependenten Welt können wirtschaftliche und ökologische Bedrohungen eine Gefahr für die menschliche Sicherheit darstellen. Die OSZE verfügt über das Instrumentarium, um sich mit diesen Bedrohungen auseinanderzusetzen. Der Vorsitz ermutigte die Teilnehmerstaaten und die OSZE-Organe dazu, das Potenzial der Organisation zur Stärkung der Zusammenarbeit und des Dialogs in diesen Fragen stärker zu nützen.

Die wichtigste Veranstaltung in der zweiten Dimension war wie üblich das *Wirtschaftsforum*, das 2006 in *Wirtschafts- und Umweltforum* umbenannt wurde, um die Tätigkeit der Organisation im Umweltbereich besser zum Ausdruck zu bringen. Das *14. Forum* fand zum ersten Mal in zwei getrennten Tagungen statt – einer ersten Tagung am 23. und 24. Januar in Wien, gefolgt von einer zweiten in Prag vom 22. bis 24. Mai. Dem *Forum* gingen Vorbereitungskonferenzen im November 2005 in Duschanbe (Tadschikistan) und im März in Baku (Aserbaidschan) voraus.

Die Teilnehmerstaaten wählten das Thema Verkehr zum Motto des *Forums*, und zwar unter einem zweifachen Blickwinkel. Der erste Teil des *Forums* befasste sich mit dem Zusammenhang zwischen der Verkehrsentwicklung und der regionalen Kooperation und Stabilität. Der zweite Teil war der Verkehrssicherheit gewidmet.

Auf dem *Forum* zeichnete sich der politische Wille zu einer verstärkten Entwicklung von Handel und Verkehr im OSZE-Raum ab.

Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa wird die OSZE internationale Übereinkommen und technische Normen unterstützen. Wichtige Verkehrsprojekte wie das *Leitschema der Projekte Transeuropäische Autobahn und Transeuropäische Eisenbahn* sowie die euro-asiatischen Verkehrs-

verbindungen erfordern eine beträchtliche Mobilisierung personeller und anderer Ressourcen. Die OSZE wird weiterhin bewusstseinsbildend wirken und entsprechende Entscheidungsprozesse fördern. Zur Unterstützung der Umsetzung der maßgeblichen Rechtsinstrumente soll gemeinsam mit den Wirtschafts- und Umweltreferenten der OSZE vor Ort der Aufbau und Ausbau von Kapazitäten gefördert werden.

Die Teilnehmerstaaten sagten auch zu, die Zusammenarbeit untereinander und mit den maßgeblichen internationalen Organisationen in Verkehrsfragen zu verstärken. Die Verpflichtungen sollen regelmäßig überprüft werden.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Bedürfnissen der Binnenentwicklungsländer. Die OSZE beschäftigte sich damit, wie die Umsetzung des VN-Aktionsprogramms von Almaty unterstützt werden könne, das Verpflichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Transitpotenzials für Entwicklungsstaaten festlegt, die keinen direkten Meereszugang haben. Die Regierung von Tadschikistan erklärte sich bereit, Gastgeber einer OSZE-Konferenz über die Entwicklung des transasiatischen und eurasischen Transitverkehrs durch Zentralasien bis zum Jahr 2015 zu sein.

Das *Forum* bekräftigte die Bedeutung einer guten Staatsführung und unterstrich, dass die OSZE Aktivitäten zur Verbesserung des Wirtschafts- und Investitionsklimas setzen müsse. Es regte auch die Veranstaltung von Diskussionen am Runden Tisch mit der örtlichen Wirtschaft an, die zu mehr Transparenz führen und das Thema Korruption ansprechen sollen.

In Konfliktzonen wird der Verkehr durch den Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Konfliktparteien beeinträchtigt. Das *Forum* überlegte, den Verkehr nicht nur als nützliches Ergebnis einer Konfliktregelung zu sehen sondern als selbstständige vertrauensbildende Maßnahme. Das *Wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm* in der georgisch-ossetischen Konfliktzone und den angrenzenden Gebieten ist ein ausgezeichnetes Beispiel für derartige vertrauensbildende Bemühungen im Bereich der Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung. Die OSZE gab den Startschuss zu dem Programm im Rahmen einer Geberkonferenz, die am 14. Juni von der Regierung Belgiens in Brüssel ausgerichtet wurde.

Das *Forum* ging auch darauf ein, dass die Verkehrsentwicklung möglicherweise die Umwelt schädigt, und befasste sich mit Möglichkeiten zur Eindämmung dieses Risikos. Man kam überein, dass sich die OSZE-Teilnehmerstaaten auf die Verabschiedung und Umsetzung von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem illegalen Transport gefährlicher Abfälle konzentrieren sollten.

Als Folge des *Forums* und zur Feinabstimmung der OSZE-Verpflichtungen hielt der Unterausschuss des Ständigen Rates für Wirtschaft und Umwelt weitere Erörterungen und Konsultationen ab.

Der Ministerratsbeschluss steckte den Rahmen für den künftigen Verkehrsdialog in der OSZE ab. Als Folge des Beschlusses wird die OSZE in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 in Duschanbe eine Transitverkehrskonferenz abhalten, für die sich Tadschikistan als Gastgeber anbot.

Über die Aktivitäten des *Forums* im Verkehrsbereich hinaus veranstaltete die OSZE Konferenzen, Arbeitstagen und Schulungskurse zum Austausch bewährter Praktiken und zum Aufbau und Ausbau von Kapazitäten im Verkehrsbereich:

- eine Arbeitstagung zum Thema *Städtische Verkehrssicherheit* am 4. und 5. Mai in Wien, die sich mit den Erfahrungen aus den Anschlägen auf einen Zug in Madrid und in der U-Bahn in London auseinandersetzte
- eine Arbeitstagung mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Antwerpen (Belgien) vom 4. bis 6. Oktober, die sich mit der Sicherheit in Seehäfen einschließlich Maßnahmen zur Sicherung von Containern befasste
- eine Arbeitstagung über Verkehr, Sicherheit und Umwelt in Tonsberg (Norwegen) vom 16. bis 18. Oktober, in deren Mittelpunkt der Schutz der Küsten gegen Tankerunglücke stand
- zwei Seminare mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über das *Internationale Übereinkommen zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen*, das erste im Oktober in Moskau und das zweite im Dezember in Belgrad

Darüber hinaus befasste man sich 2006 verstärkt mit den Herausforderungen durch Umwelt- Risiken und -bedrohungen. Die Teilnehmerstaaten beschlossen, das nächste *Wirtschafts- und Umweltforum* dem Thema Bodenverschlechterung, Bodenkontamination und Wasserbewirtschaftung zu widmen.

Die erste Vorbereitungskonferenz fand im November in Bischkek (Kirgisistan) statt. Diese Tagung, die einen starken zentralasiatischen Schwerpunkt hatte, erbrachte verschiedene Denkanstöße, die Ausgangsbasis für die Tagungen des *Forums* 2007 sein werden.

Im Sommer verursachten ausgedehnte Brände in der Region Berg-Karabach und ihrer Umgebung Schaden an Umwelt und Wirtschaft und bedrohten auch die Gesundheit und Sicherheit von Menschen. Der OSZE-Vorsitzende verfolgte die zwischen den Parteien ausgehandelte Vereinbarung und ein Expertenteam unter OSZE-Führung führte im Oktober eine Umweltbeurteilungsmision in diesem Gebiet durch. Die Empfehlungen des Berichts könnten als Grundlage für einen Umwelteinsatz dienen. Die OSZE ist bereit, Armenien und Aserbaidschan bei diesem Unternehmen auch in Zukunft zur Seite zu stehen.

Wie Ende 2005 beschlossen, setzten die Teilnehmer- und Partnerstaaten sowie maßgebliche Partnerorganisationen die Zusammenarbeit zum Thema Arbeitsmigration fort. Die OSZE, die Internationale Arbeitsorganisation und die Internationale Organisation für Migration veröffentlichten ein *Handbook on Establishing Effective Labor Migration Policies in Countries of Origin and Destination*. Es wurde im Rahmen einer Sonderveranstaltung am Rande des Prager *Wirtschaftsforums* der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wurden auch eigene Arbeitstagungen zur Vorstellung des *Handbuchs* in der OSZE-Region veranstaltet.

Dem Ministerrat wurde ein vollständiger Bericht über die Aktivitäten im Jahr 2006 im Bereich der Migration zugeleitet. Die Teilnehmerstaaten begrüßten in einer Erklärung den Bericht, bestätigten die Bedeutung migrationsbezogener Fragen und sagten zu, ihnen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Konkret wird die OSZE zum *Weltforum für Migration und Entwicklung* einen Beitrag leisten, dessen erste Tagung im Juli 2007 von Belgien ausgerichtet wird.

Der Vorsitz veranstaltete am 16. November in Wien eine Sondertagung zum Thema Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Die Teilnehmer erörterten die wirtschaftlichen Gründe für den Menschenhandel und zeigten

die Aufgaben und Möglichkeiten des privaten Sektors bei der Bekämpfung des Menschenhandels auf.

Die OSZE veröffentlichte einen vom Vorsitz und von einigen Teilnehmerstaaten finanzierten *Best-Practice Guide for a Positive Business and Investment Climate*. Er wurde auf dem *14. Wirtschaftsforum* in Prag offiziell vorgestellt. Um dem Praxisleitfaden zu größerer Bekanntheit zu verhelfen, wurde in Kiew (Ukraine) eine erste Arbeitstagung dazu abgehalten.

Insgesamt verstärkte der Vorsitz die Tätigkeit der OSZE in der Wirtschafts- und Umweltdimension. In den *Forum*-Prozess kam neuer Schwung durch die Aufteilung in zwei Teilveranstaltungen und die Konzentration der Tätigkeit auf den politischen Dialog.

Der Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt trat 17 Mal zusammen, darunter auch zu zwei Sondertagungen, einer ersten im Oktober 2007, die den Startschuss für das *Wirtschafts- und Umweltforum 2007* geben sollte, und einer zweiten im November zur Überprüfung der OSZE-Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) erstattete dem Ständigen Rat im Januar, März und Oktober Bericht und gab damit den Teilnehmerstaaten Gelegenheit, die Richtung der Tätigkeit seines Büros mitzubestimmen.

Sicherung der Energieversorgung

Als zu Jahresbeginn die Gaslieferung zwischen mindestens zwei Teilnehmerstaaten unterbrochen wurde, sah sich die OSZE zum ersten Mal in einer Situation, in der die Energieversorgung tatsächlich gefährdet war. Der Vorsitz reagierte unverzüglich. Am 3. Januar hob er die Notwendigkeit einer vorhersehbaren und verlässlichen Energieversorgung und die Vorteile der Diversifizierung, einer intelligenten Wahl der Transportwege und der rationellen Nutzung hervor und verwies auf die Grundsätze des *Strategiedokuments der OSZE für die Wirtschafts- und Umweltdimension*, das 2003 verabschiedet worden war. Er forderte eine Wiederaufnahme des Dialogs und verwies erneut auf die Möglichkeit der Abhaltung einer OSZE-Konferenz zum Thema Energiesicherheit.

Zu deren Vorbereitung beauftragte der Vorsitzende das Büro des Koordinators mit einer technischen Informationsmission, in deren Rahmen einschlägige Informationen gesammelt und analysiert und Vorschläge für die Wiederaufnahme eines internationalen Dialogs zu diesem Thema in der OSZE unterbreitet werden sollten. Der Koordinator hielt Rücksprache mit den zuständigen internationalen Organisationen und mit Regierungsvertretern aus den Teilnehmerstaaten. Er informierte den Ständigen Rat und dessen Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt regelmäßig über seine Erkenntnisse. Im September lagen die Schlüsselaspekte der Energiesicherung auf dem Tisch, mit denen sich die OSZE im Wege eines Dialogs auseinandersetzen könnte; sie könnten am besten im Rahmen einer OSZE-Konferenz zum Thema Energiesicherheit erörtert werden.

Am 12. September versammelte sich der Ständige Rat auf Initiative des Vorsitzes in einer Sondersitzung zu einem Meinungsaustausch mit Botschafter Arne Walther, dem Generalsekretär des Internationalen Energieforums, das wie die OSZE Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländer umfasst und einen weltweiten konsensorientierten Ansatz in der Frage der Energiesicherheit verfolgt, obwohl das Energieforum einen größeren geographischen Raum abdeckt. Die OSZE könnte bei der Entwicklung ihres eigenen regionenspezifischen

Energiesicherheitsdialogs von den Erfahrungen des Internationalen Energieforums profitieren.

Im Anschluss daran organisierte der Vorsitz gemeinsam mit dem Sekretariat der Energiecharta und der Internationalen Energieagentur eine Konferenz, die vom Vorsitzenden am 25. Oktober in Brüssel eröffnet wurde und die Rolle der Regierungen und internationalen Organisationen bei der Förderung der Energiesicherheit behandeln sollte. Sie unterstrich die strategische Bedeutung des Dialogs zwischen Regierungen im Hinblick auf die Herstellung von Energiesicherheit im OSZE-Raum.

Die Notwendigkeit eines gemeinsamen internationalen Vorgehens zur Bewältigung der Frage der Energiesicherheit stand auf der internationalen Agenda im Jahr 2006 ganz oben und war ein zentrales Diskussionsthema auf dem Gipfel der G-8 in St. Petersburg im Juli. Bei diesen Diskussionen trat klar zutage, dass die OSZE als Plattform für politischen Dialog zwischen Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Besorgnisse der Teilnehmerstaaten und die Förderung regionaler Reaktionen zu spielen hat.

Als Folge davon verabschiedeten die OSZE-Minister einen Beschluss über den *Energiesicherheitsdialog* in der Region. Sie bekräftigten einerseits die Strategie aus dem Jahr 2003, unterstützten aber auch die vom Gipfel der G-8 in St. Petersburg verabschiedeten Grundsätze und Zielsetzungen zur Stärkung der Energiesicherheit. Sie beauftragten ferner den Ständigen Rat und das OSZE-Sekretariat mit der Fortsetzung des Dialogs über die Frage der Sicherheit der Energieversorgung.

Die menschliche Dimension

Die Aktivitäten der OSZE in der menschlichen Dimension im Jahr 2006 deckten einen breiten Themenbereich ab. Um den Delegationen in ihrem Engagement für Aktivitäten in der menschlichen Dimension einen neuen Impuls zu geben, berief der Vorsitz 2006 eine Arbeitsgruppe zum Thema Schutz der Menschenrechte und Nichtdiskriminierung ein. Er sorgte ferner dafür, dass in alle Aktivitäten der menschlichen Dimension auch die Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern einfließt.

Vom ersten Tag seiner Amtsperiode an würdigte der Vorsitzende die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Menschenrechtsaktivisten. Am 13. Januar kam er im Rahmen der Veranstaltungen zur Übernahme des Vorsitzes mit Vertretern zusammen, um über die Zielsetzungen zu sprechen und sich über deren Anliegen zu informieren. Bei seinen Reisen durch die OSZE-Region im Laufe des Jahres war es ihm jedes Mal ein Anliegen, mit Vertretern der Zivilgesellschaft zur Erörterung von OSZE-Angelegenheiten und Fragen der menschlichen Dimension zusammenzutreffen.

Das erste *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* war dem Thema *Menschenrechtsaktivisten und nationale Menschenrechtsinstitutionen – legislative, staatliche und nichtstaatliche Aspekte* gewidmet. Es zeigte die praktischen und politischen Herausforderungen auf, denen sich Menschenrechtsaktivisten in der OSZE-Region gegenübersehen, und unterstrich die Bedeutung ihrer Arbeit. Von dem Treffen ging die Anregung zu einem Ministerratsbeschluss aus, der für einen besseren Schutz von Menschenrechtsaktivisten sorgen sollte. Zum großen Bedauern des Vorsitzes fand sich auf dem Ministerrat aber kein Konsens zu diesem Vorschlag. Um mitzuhelfen, den Bedürfnissen und Schwierigkeiten vor Ort besser

gerecht zu werden, richtete das BDIMR im Rahmen seiner bestehenden Strukturen eine Ansprechstelle für Menschenrechtsaktivisten ein; diese Initiative fand große Unterstützung bei den Teilnehmerstaaten.

Der Vorsitz verfolgte als weiteren Schwerpunkt die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und die Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander als Anschlussmaßnahme zu einem Ministerratsbeschluss aus dem Jahr 2005, dem zufolge die OSZE sich 2006 mit der Umsetzung wichtiger politischer Verpflichtungen aus den Vorjahren befassen sollte. Gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltete der Vorsitz drei *Toleranz-Implementierungstreffen*. Die Themen dieser Treffen waren: *Verständnis zwischen Kulturen, Religionen und Ethnien* (Almaty, 12. und 13. Juni), *Erziehung zu gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander und Belehrung über den Holocaust* (Dubrovnik, 23. und 24. Oktober) und *Auseinandersetzung mit dem Datenmangel in Bezug auf Hassdelikte* (Wien, 9. und 10. November). Es handelte sich um sehr erfolgreiche Veranstaltungen, die konkrete Schwerpunktsetzungen ermöglichten und Maßnahmen zur Behebung offensichtlicher Mängel nahelegten.

Der Vorsitz veranstaltete einen Gedenktag an den Holocaust. Am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Todeslagers Auschwitz, der von den Vereinten Nationen als jährlich zu begehender Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust festgelegt wurde, hielt der Vorsitz in Brüssel eine Holocaust-Gedenkveranstaltung ab. Der Persönliche Beauftragte des Vorsitzenden für Toleranz mit Schwerpunkt Antisemitismus nahm daran teil.

Anlässlich des Ministerratstreffens 2005 brachte die OSZE auch ihre Unterstützung für die *Allianz der Zivilisationen* zum Ausdruck, eine Initiative, die in diesem Jahr von Spanien und der Türkei gestartet wurde und von den Vereinten Nationen unterstützt wird. Im Sinne eines konsequenten Vorgehens in dieser Frage von globalem Interesse übermittelten der Vorsitzende und der Generalsekretär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen im Juni in New York einen Beitrag der OSZE, in dem der konzeptionelle Rahmen, das Instrumentarium und das breite Spektrum der aktuellen Aktivitäten der OSZE zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses zwischen Menschen verschiedenster Herkunft hervorgehoben wurden.

Die drei Persönlichen Beauftragten, die der Vorsitzende im Rahmen seines allgemeinen Kampfes gegen Intoleranz und Diskriminierung wiederbestellte, setzten ihre Tätigkeit fort und koordinierten die Umsetzung der politischen Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten durch Besuche in einzelnen Ländern und Teilnahme an einschlägigen Sitzungen.

Der Ministerrat von Brüssel verabschiedete einen Beschluss über die *Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander*. Der Beschluss bekräftigte und verstärkte einerseits die bestehenden Verpflichtungen, verweist jedoch auch auf die noch notwendige Arbeit zur Verbesserung der Chancengleichheit, Einbindung der Jugend, Beachtung des öffentlichen Diskurses und Betonung der Rolle der freien Medien. Der Ministerrat beschloss auch, 2007 eine hochrangige Konferenz über die *Bekämpfung der Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* als Folgeveranstaltung zur Konferenz von Córdoba 2005 abzuhalten.

Große Aufmerksamkeit schenkte der Vorsitzende medienbezogenen Fragen. Gemeinsam mit dem Beauftragten für Medienfreiheit veranstaltete er ein zweites *Zusätzliches Treffen zur*

menschlichen Dimension zum Thema *Schutz von Journalisten und Zugang zu Informationen*. Dieses Treffen befasste sich mit einer Reihe von Fragen: Schutz von Journalisten und ihren Informationsquellen, Beschränkungen des Zugangs zu Informationen unter dem Vorwand nationaler Sicherheitsinteressen, restriktive Gesetze in Bezug auf Meinungsfreiheit sowie der mögliche Beitrag der Medien zur Förderung gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander. Der Vorsitz finanzierte die Schaffung einer Datenbank zum Thema Zugang zu Informationen, die derzeit vom Büro des Beauftragten angelegt wird und eine umfassende Übersicht über die Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten betreffend den Zugang zu Informationen durch die Medien in den Teilnehmerstaaten bieten soll.

Einen wichtigen Punkt auf der Tagesordnung des Vorsitzes bildeten Fragen allgemeiner Natur zum Thema Demokratisierung und parlamentarische Demokratie. Zur Sicherung des umfangreichen institutionellen Gedächtnisses der OSZE im Schlüsselbereich Demokratisierung machten der Vorsitz und das BDIMR die zu ziehenden Lehren zum Gegenstand einer Untersuchung. Das BDIMR hielt Rücksprache mit Demokratisierungsfachleuten der Feldoperationen und Institutionen im Hinblick auf die Erhaltung des über die Jahre aufgebauten Wissens. Ergebnis dieses Projekts war das dritte *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* unter dem Titel *Stärkung der Demokratie durch eine wirksame Vertretung*. Die Diskussionen waren ein erster Schritt zur Entwicklung wirksamer Methoden; es wurden Mittel und Wege zur Konsolidierung und, wenn möglich, Ausweitung der OSZE-Aktivitäten zur Stärkung politischer Parteien, Unterstützung parlamentarischer Reformen und Erhöhung der Transparenz in der Gesetzgebung sondiert.

Um auf die bedauerliche exponentielle Zunahme der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie im geographischen OSZE-Raum hinzuweisen, brachte der Vorsitz gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einen Vorschlag für einen Ministerratsbeschluss zum Thema *Sexuelle Ausbeutung von Kindern* ein, in dem klare Definitionen formuliert und dringend notwendige politische Schritte festgelegt wurden. Der Vorschlag erhielt große Unterstützung von den Teilnehmerstaaten, die sich auf einen detaillierten und neuartigen Ministerratsbeschluss einigten. Damit waren die politischen Grundlagen für die Teilnehmerstaaten und die Durchführungsorgane der OSZE geschaffen, um sich mit der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Sinne einer neuen Priorität im Rahmen der menschlichen Dimension der OSZE auseinanderzusetzen.

Wie üblich fand auch in diesem Jahr das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* in den ersten beiden Oktoberwochen in Warschau statt. Es unterzog die Aktivitäten der OSZE in der menschlichen Dimension einer Überprüfung, bewertete die Ergebnisse und prüfte, wie die Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen. Es erarbeitete auch ein breites Spektrum von Empfehlungen zur Verbesserung der Umsetzung der OSZE-Normen und -Werte.

Im Mai veranstaltete der Vorsitzende gemeinsam mit dem BDIMR ein dreitägiges *Seminar zur menschlichen Dimension* zum Thema *Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips und des ordentlichen Verfahrens in der Strafrechtspflege*. Einzelheiten sind der Box zum Thema organisierte Kriminalität (Seite xxx) zu entnehmen.

Der Vorsitzende widmete sich auch mit beträchtlichem Einsatz den wahlbezogenen Aktivitäten des BDIMR. Einzelheiten sind dem Abschnitt über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE (Seite xxx) zu entnehmen.

Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten: Der Karikaturenstreit

Als rund um die kontroversiellen Karikaturen mit der Darstellung des Propheten Mohammed in verschiedenen Zeitungen in der OSZE-Region heftige Proteste ausbrachen, forderte der Vorsitzende alle Seiten zur Achtung des Grundrechts der Medien auf freie Meinungsäußerung auf und erinnerte andererseits die Medien daran, dass diese Freiheit mit einer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft verbunden ist. Er stellte klar, dass die Staaten nicht versuchen sollten, auf Medieninhalte Einfluss zu nehmen, selbst wenn sie nicht immer damit einverstanden sind. Er forderte eine offene Sitzung, in der alle Teilnehmer- und Partnerstaaten und Institutionen nach den Gemeinsamkeiten suchen sollten, die vorübergehend nicht mehr zu sehen waren.

Diese Sitzung fand am 16. Februar statt und trug dazu bei, das Recht auf freie Meinungsäußerung als Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften zu bestätigen, unter gleichzeitiger Betonung der Tatsache, dass es Aufgabe der Medien ist, den Dialog, die gegenseitige Achtung und das Verständnis füreinander zu fördern und nicht zu zerstören. In der Sitzung wurde ein *Perception Paper* mit Empfehlungen formuliert, denen sich der Vorsitzende anschloss. Er lud die Kovorsitzenden der *Allianz der Zivilisationen* dazu ein, im Ständigen Rat eine Rede zu halten. Das *Toleranz-Implementierungstreffen* in Almaty (Kasachstan) zum Thema *Verständnis zwischen Kulturen, Religionen und Ethnien* fand auf hoher Ebene statt. Karikaturisten aus moslemischen Ländern wurden als Gastredner zu dem *Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension* zum Thema *Schutz von Journalisten und Zugang zu Informationen* (Wien, 13. und 14. Juli) eingeladen, wo sie ihre Arbeiten vorstellten.

Das ganze Jahr über drehten sich die Diskussionen um die notwendige Rolle unabhängiger und freier Medien, die Bedeutung der Selbstkontrolle und die Annahme freiwilliger beruflicher Standards durch Journalisten, um zu vermeiden, dass Medieninhalte zu Gewalt führen. Obwohl die begriffliche Klärung dieser Fragen schwierig blieb, stellte der Ministerratsbeschluss über die *Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* etliche Aspekte klar und trug dem Beauftragten für Medienfreiheit auf, nach bewährten Praktiken zu suchen, durch die vermieden werden kann, dass es wegen Karikaturen erneut zu Zwischenfällen kommt.

Aufbau verantwortungsbewusster, freier Medien: Die Partnerschaftsinitiative

Freie Medien sind eine Voraussetzung für die Sicherstellung demokratischer Transparenz und Rechenschaftspflicht. Wenn sie dieser Rolle ordnungsgemäß nachkommen, müssen sie über die dazu erforderlichen Mittel und die nötige Professionalität verfügen. Wenn das nicht der Fall ist, ist die Glaubwürdigkeit des Journalismus in Frage gestellt. Unzulängliche Ressourcen und mangelnde Ausbildung machen Medien anfällig für Einflussnahme durch Interessengruppen oder gar durch staatliche Behörden.

Der Beauftragte für Medienfreiheit reagierte auf dieses Problem, indem er Kooperationsprojekte zwischen Medien und staatlichen Behörden in Angriff nahm. Diese Projekte sollten Kapazitäten aufbauen und ausbauen und den Blick auf die Beziehung zwischen Regierung und Medien lenken. Mehrere OSZE-Feldoperationen unterstützten ebenfalls die Medienentwicklung, indem sie unter örtlicher Koordination Schulungsprogramme für Journalisten und Techniker einrichteten. Da sich diese Projekte in einem kleinen Rahmen hielten, bemühte

sich der Vorsitz um ihre Ausweitung und um eine Vergrößerung ihrer Wirkung, indem er einige eingeführte und mächtige Medienorganisationen direkt in das Projekt einband.

Der Vorsitzende organisierte in der Woche vom 23. Oktober in Brüssel einen Besuch zum Thema Medienpartnerschaften, in dessen Rahmen 14 Journalisten aus dem ganzen OSZE-Raum zu einem kollegialen Austausch mit in Belgien ansässigen internationalen Medienorganisationen zusammenkamen. Durch Partnerschaften zwischen gleichartigen Medienorganisationen können Journalisten von Kollege zu Kollege Unterstützung anbieten, Erfahrungen weitergeben und zum Aufbau von Kapazitäten beitragen. Die Diskussionen brachten zum Vorschein, welches Potenzial bereichsspezifische Studienbesuche, Schulungsseminare und der Austausch von Mitarbeitern bergen; Medienmitarbeitern werden dabei Recherche- und Schreibtechniken, Fachkompetenz, Medienmanagement, Selbstkontrolle und freiwillige berufliche Standards vermittelt. Ein Partnerschaftsprogramm erfordert nur geringe Unterstützung und Vermittlungstätigkeit von institutioneller Seite. In diesem Fall konnten die vorhandenen Strukturen der OSZE die „Anbahnung“ übernehmen.

Die Delegationen einigten sich auf einen Beschluss des Ständigen Rates, der die Bedeutung von Medienpartnerschaften hervorhebt und dem Beauftragten für Medienfreiheit die Aufgabe stellt, zu solchen Partnerschaften zu ermutigen.

Der Ständige Rat

Als ständiges Gremium der OSZE zwischen den Treffen des Ministerrats wickelt der Ständige Rat die Masse der politischen Fragen sowie die Tagesgeschäfte der OSZE ab. Er trat 57 Mal zusammen und empfing nicht weniger als 27 hohe Ehrengäste. Am 28. September stattete Seine Majestät König Albert II. der OSZE einen vielbeachteten Besuch ab.

Der Vorsitzende organisierte die Arbeit in einem Format, das die Gliederung in drei Ausschüsse entsprechend den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE vorwegnahm. Diese Struktur wurde später vom Ministerrat in Brüssel beschlossen. Abgesehen vom Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt richtete er eine Gruppe für nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit sowie eine weitere für Menschenrecht und Nichtdiskriminierung ein. Dimensionsübergreifende Fragen wurden im Rahmen dieser Struktur aufgeteilt. Die unter slowenischem Vorsitz geschaffene Arbeitsgruppe zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE arbeitete unabhängig davon als eigenes Gremium weiter, um den Arbeitsauftrag zu erfüllen, der ihr in Laibach durch einen entsprechenden Beschluss erteilt worden war.

Der Ständige Rat befasste sich mit politischen Fragen, die alle Teilnehmerstaaten betreffen. Er setzte sich damit auseinander, wie die Teilnehmerstaaten die OSZE-Verpflichtungen umsetzen und wie sie zur Konfliktlösung beitragen. Diesbezüglich waren die regelmäßigen Berichte der Leiter der Institutionen, der Feldoperationen und der Persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden eine besondere Hilfe. In einigen Fällen ergriff der Ständige Rat konkrete Maßnahmen, wie im Falle der Karikaturenkrise. Einzelheiten sind der Box zum Thema Karikaturenstreit (Seite xxx) zu entnehmen.

Im Laufe des Jahres standen auch schwierige Entscheidungen an, wie die Verlängerung des Mandats des Direktors des BDIMR, Botschafter Christian Strohal, die Verhandlungen rund um das Mandat des Projektkoordinators in Usbekistan, die Behebung funktioneller Störungen

im OSZE-Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels und das maßgeschneiderte Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten in der georgischen Grenzpolizei.

Dem steht ein erfreuliches Ereignis gegenüber: im Juni konnte der Ständige Rat Montenegro als 56. Teilnehmerstaat begrüßen.

Der Ständige Rat unternahm 2006 auch Reisen, um den Gegebenheiten vor Ort in der diplomatischen Arbeit am Amtssitz der Organisation in Wien ausreichend gerecht zu werden. Botschafter reisten im März nach Serbien und Montenegro, im Juli nach Georgien und im November nach Moldau.

Montenegro

Am 21. Mai veranstaltete die Republik Montenegro unter internationaler Überwachung ein Referendum über ihre Unabhängigkeit im Einklang mit der *Verfassungsurkunde des Staatenbundes Serbien und Montenegro* von 2003. Im Namen der EU trat Botschafter Miroslav Lajčák als Vermittler für die Aushandlung der Regeln für das Referendum zwischen den verschiedenen politischen Parteien in Erscheinung. Er trug insbesondere zur Festlegung der Bestimmung bei, dass eine Mehrheit von 55 Prozent der abgegebenen Stimmen und eine Mindestbeteiligung von 50 Prozent erforderlich sind. Das BDIMR organisierte eine umfassende Beobachtung des Referendums.

Am 3. Juni erklärte Montenegro seine Unabhängigkeit. Die OSZE war die erste internationale Organisation, bei der es sich um einen Beitritt bewarb. Der Vorsitzende begrüßte dieses Vertrauensvotum gegenüber der OSZE und ihren Normen und Werten. Er sorgte für eine rasche Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses, die schon nach wenig mehr als zwei Wochen am 21. Juni erfolgte. Das Mandat der neuen Mission deckt alle drei Dimensionen der OSZE ab, was einem Bekenntnis der montenegrinischen Behörden zur Fortsetzung energischer Reformen gleichkommt.

Der letzte Schritt im Beitrittsprozess erfolgte am 1. September in Helsinki mit der Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* durch den Ministerpräsidenten Montenegros.

Gastredner im Ständigen Rat im Jahr 2006

12. Januar: Amtierender Vorsitzender, Minister für auswärtige Angelegenheiten Belgiens,

Karel De Gucht

2. Februar: Persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs der EU/Hoher Vertreter für den Dialog mit Montenegro, Botschafter **Miroslav Lajčák**

2. Februar (Sondersitzung des Ständigen Rates): Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Österreichs, **Ursula Plassnik**

9. Februar: Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens, **Gela Beschuaschwili**

2. März: Minister für auswärtige Angelegenheiten Armeniens, **Wartan Oskanjan**

9. März: Leiter der Mission der EU zur Unterstützung des Grenzschutzes an der moldauisch-ukrainischen Grenze, Brigadegeneral **Ferenc Bánfi**

15. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Minister für Drogenbekämpfung Afghanistans, **Habibullah Qaderi**

16. März: Hoher Repräsentant – EU-Sonderbeauftragter in Bosnien und Herzegowina, Dr. **Christian Schwarz-Schilling**

21. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Alcee L. Hastings**
27. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Ministerpräsident Georgiens, **Surab Nogaideli**
28. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Sondergesandter der Vereinten Nationen für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo, Präsident **Martti Ahtisaari**
27. April: EU-Sonderbeauftragter für Moldau, **Adriaan Jacobovits de Szeged**
4. Mai: Ukrainischer Vizeminister für Notfälle und für den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl, **Wolodymyr Choloscha**
4. Mai: Kovorsitzende der Hochrangigen Gruppe der Vereinten Nationen für die *Allianz der Zivilisationen*, **Federico Mayor** and **Mehmet Aydin**
11. Mai: Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbien und Montenegros, **Vuk Drašković**
16. Mai (Sondersitzung des Ständigen Rates): Erster Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, **Rachat Alijew**
18. Mai: Persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs der EU/Hoher Vertreter für den Dialog mit Montenegro, **Miroslav Lajčak**
18. Juli: Minister für auswärtige Angelegenheiten Montenegros, **Miodrag Vlahović**
7. September: Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, **Carla del Ponte**
12. September (Sondersitzung des Ständigen Rates): Generalsekretär des Internationalen Energieforums, Botschafter **Arne Walther**
14. September: NATO-Oberbefehlshaber Europa, General **James L. Jones**
26. September (Sondersitzung des Ständigen Rates): Staatssekretär Kasachstans und Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Kommission für die Entwicklung und Konkretisierung des demokratischen Reformprogramms, **Oralbai Abdykarimow**
28. September (Sondersitzung des Ständigen Rates): Minister für auswärtige Angelegenheiten Belgiens und Amtierender Vorsitzender der OSZE, **Karel De Gucht**, in Anwesenheit des Königs der Belgier, Seiner Majestät **Alberts II.**
27. Oktober (Sondersitzung des Ständigen Rates): Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, **Kassymchomart Tokajew**
27. Oktober (Sondersitzung des Ständigen Rates): Ministerpräsident Georgiens, **Surab Nogaideli**
14. November: Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Göran Lennermarker**
15. November (Sondersitzung des Ständigen Rates): Sondergesandter der Vereinten Nationen für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo, Präsident **Martti Ahtisaari**
17. November (Sondersitzung des Ständigen Rates): Generaldirektor der Generaldirektion Erweiterung der Europäischen Kommission, **Michael Leigh**